

-,50

Verantwortlich für den Inhalt: die BERLINER JUSTIZ

unter Mitarbeit von: Dagmar v. Doetinchem, Gil Funccius, Eike Hemmer, Petra Herzinger, Nikolaus Kuhnert, Peter Neitzke, Jan Raspe, Eberhard Schultz Hartmut Sander

OBERBAUMPRESSE BERLIN

Politische Justiz

Das Kartell der Bürokraten in Westberlin hat sein ganzes Arsenal aufgeboten, um die wirksame Kritik an seiner täppischen Unfähigkeit zum Schweigen zu bringen. Die Studenten als Kern der außerparlamentarischen Opposition sind durch massierte Disziplinarverfahren unter Druck gesetzt worden. Springers dienstwillige Schreiber haben die Bevölkerung gegen sie gehetzt. Nackte Polizeigewalt sollte die wachsende politische Opposition zerschlagen.

Über der konzertierten Unterdrückungs-Aktion ist vorläufig der Vorhang gefallen. Die Schmierenkomödianten Albertz, Büsch und Duensing sind abgetreten. Für die politische Gewalt hat die Geisterstunde geschlagen,

es erscheint — die Justiz.

Sie ist das letzte Bollwerk der Senatsgespenster. Sie soll den Arbeiterbetrüger Sickert und den Morgenpost-Professor Fraenkel gleichermaßen von dem Albdruck befreien, daß die Studenten sich mit den Arbeitern verbinden. Auf "richterliche Urteile mit Gefängnisstrafen" gegen die gefährlichen Unruhestifter hoffte auch im September der schon wankende

Wenigstens diese Hoffnung des frommen Ruheständlers soll sich erfüllen. Noch stets stand die dritte Gewalt in unserem Lande dem Wink der Herrschenden zur Verfügung, wenn es galt, eine linke Opposition zu

unterdrücken.

Konservative Ordnungsmacht

Es ist überflüssig, danach zu forschen, ob einzelne Richter oder Staatsanwälte sich politisch korrumpieren lassen. Die Justiz als Institution ist in Deutschland nicht neutral. Dafür sorgt ein reaktionärer Korpsgeist, eine bestimmte Mentalität, die sie den konservativ vertrockneten Ordnungsvorstellungen der anderen Herrschaftsinstitutionen wesensgleich macht. Es bedarf keiner besonderen Korruptheit mehr, damit die Justiz-Gehirne in der Kritik von links nur noch das drohende Chaos sehen. Es bedarf auch nicht der Nazi-Richter, von denen in Berlin — jedenfalls soweit belastendes Material gegen sie vorlag — niemand mehr im Amt ist. Die Justiz selbst funktioniert mehr als konservative Ordnungsmacht denn als unabhängige Kontrollinstanz. Sie verschmitzt mit Staatsbürokratie, Parlament und Regierung zur Hierarchie der Mächtigen.

Eifersüchtig sucht die Justiz gleichwohl noch den Schein der Neutralität zu wahren. In den Prozessen der letzten Wochen wurde jede Erörterung politischer Motive rigoros abgeschnitten. Politischer Protest auf der Straße erscheint im Gerichtssaal nur noch als Verkehrsstörung. Eine Untersuchung darüber, ob die Demonstranten mit ihrer Forderung nach einem Ende des barbarischen Krieges in Vietnam nicht das höhere Recht gegenüber der Straßenverkehrsordnung auf ihrer Seite haben, darf nicht stattfinden. Die kritische Vernunft soll gegenüber dem Faktum einer Verkehrsbehinderung schweigen. Gerade damit aber wird Justiz politisch

im Sinne des Bestehenden.

Die unsichere Autorität

Die Beschränktheit der Institution formt die Psyche ihrer Bediener. Diese Angeklagten, deren Handlungen nur zu verstehen sind, wenn man ihre politische Kritik einbezieht, können Richter und Staatsanwälte nicht begreifen. Sie fühlen, daß die Kritik an den verknöcherten Institutionen auch sie betrifft — aber sie können sie nicht mit den Kategorien des Kriminalrechts fassen. Die Autorität, die gegenüber Kriminellen sich als probat erweist, versagt. Ihre Unsicherheit suchen die Richter durch autoritäre Verhandlungsführung zu verdecken. So verlor Oberamtsrichter Gente im Prozeß gegen Rudi Dutschke seine ganze distanzierte Hoheit, die er in der vorhergehenden Verhandlung gegen einen Zechpreller so würdig zur Schau gestellt hatte. Daß ein Angeklagter zu lachen wagt, brachte ihn um die Fassung. Die Autorität mußte gerettet werden — um jeden Preis. Gente begann zu schreien, fuhr dem Verteidiger über den Mund und ließ den Saal räumen.

Indem objektive politische Inhalte aus der Verhandlung ferngehalten werden, schlägt die politische Gesinnung der Richter und Staatsanwälte um so unkontrollierbarer in der subjektiven Beurteilung der Angeklagten sich nieder. Wer auf ungewöhnliche Weise demonstriert, legt der Justiz den Verdacht nahe, seelisch krank zu sein. Abweichende politische Kritik

erscheint als medizinischer Fall, eine Sache für den Psychiater.

Und schließlich genügt es, daß die Polizei versichert, sie nehme niemand ohne Grund fest, um einen Angeklagten zu verurteilen. So konnte man dem SDS-Mitglied Bergmann zwar nicht beweisen, als Teilnehmer an einer Vietnam-Demonstration anschließend den Verkehr gestört zu haben, aber er hatte eben das Pech gehabt, von der Polizei festgenommen worden zu sein. Dem Amtsgerichtsrat Petzsche reichte die Versicherung des zuständigen Polizeioberkommissars, es habe damals keine unbegründeten Festnahmen gegeben, um Bergmann zu einer Geldstrafe zu verurteilen.

Denn: es gibt keine politische Justiz (so der Staatsanwalt im Brandstifter-Prozeß). Aber ihre politische Funktion erfüllt sie doch.

Konstruktion eines Landfriedensbruches

Der Justizskandal um Fritz Teufel

Die Polizeischlacht vom 2. Juni hat enthüllt, welches Maß an Gewalt die politische Führung dieser Stadt gegen eine kritische Opposition einzusetzen bereit ist. Erst die blutigen "Ausschreitungen" der Polizei haben Vielen klargemacht, wieviel Brutalität hinter der legalen Fassade auf dem Sprunge liegt. Viele haben aber auch zum erstenmal begonnen, die "normale" alltägliche Unterdrückung durch Polizei und Bürokratie mit kritischen Augen zu sehen. Das führte zum Vorlesungsstreik an der FU nach dem 2. Juni, zur tausendfachen Auseinandersetzung mit den autoritären Institutionen. Erst dadurch wurde die politische Führung dieser Stadt gezwungen, wenigstens von den offensichtlichen Ubergriffen abzurücken. Gleichzeitig aber mußte der aufgescheuchten Bevölkerung ein Schuldiger für die Übergriffe der Polizei gezeigt werden. Zu einer gründlichen, offenen Selbstkritik unfähig, konnte die verrottete Bürokratie den Schuldigen natürlich nur in den Demonstranten finden. Das Schreckbild von der kriminellen Minderheit unter den Studenten war bereits in den Monaten vor der Demonstration geprägt worden. Es lag gebrauchsfertig in den amtlichen und journalistischen Springer-Köpfen bereit. Arm in Arm gingen Senat, Presse und parlamentarischer Untersuchungsausschuß daran, die These weiter auszubauen: "Die Ursache für die schweren Auseinandersetzungen ist die Überschreitung des Demonstrationsrechtes gewesen." Die Studenten, die sich außerhalb der Legalität begeben hätten, hätten die unangemessene Gewaltanwendung provoziert. (So der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Löffler, am 22. September vor dem Abgeordnetenhaus.)

Die Bewährung

Gehorsam übernahm die Justiz in diesem Kesseltreiben die ihr zugedachte Rolle: das politische Problem, das die außerparlamentarische Opposition inzwischen für die Stadtobrigkeit darstellt und das diese mit politischen Mitteln nicht lösen kann, mit ihren Methoden zu bereinigen. Die Justiz hat in der Stunde ihrer Bewährung gezeigt, daß sie keine unabhängige Macht in diesem Staate ist.

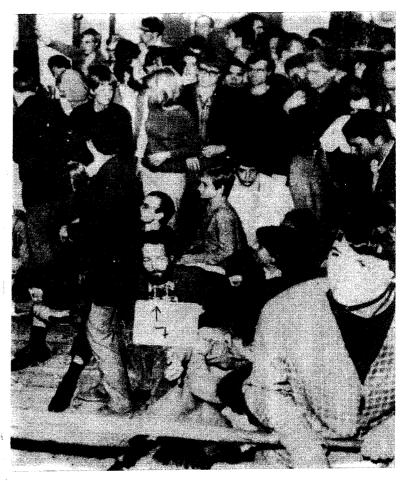
Sie demaskiert sich in jedem politischen Verfahren, was aber meistens im Halbdunkel des Moabiter Kriminalgerichts unbemerkt bleibt. Für jeden sichtbar aber hat sie ihre Unabhängigkeit im Fall Teufel verkauft. So wie die Funktion der Polizei in den Übergriffen sich entlarvt, so entlarvt sich die Funktion der Justiz im Justizskandal. Nur darum wollen wir an diesem Fall Teufel demonstrieren, was an jedem anderen Verfahren gegen die außerparlamentarische Opposition sich nachweisen ließe.

Widersprüche

Am 2. Juni befand sich Fritz Teufel unter den Demonstranten, die sich nach dem Eintreiben des Polizeikeils vor der Oper zu einem Sitzstreik niedergelassen hatten, in der Hoffnung, den Gewalttätigkeiten der Polizei so am ehesten entgehen zu können. Fritz Teufel ist aus diesem Sitzstreik heraus festgenommen worden. Zwei Polizeibeamte beschuldigen ihn, nach

dem Eintreffen des Schah an einem Ausbruchsunternehmen von sechs bis acht Demonstranten über das Hamburger Sperrgerät hinweg teilgenommen zu haben und dabei mit Steinen gegen Polizeibeamte vorgegangen zu sein. Die beiden Beamten behaupten, daß sie Teufel auf der Straße stellten, noch bevor er über das Sperrgitter wieder zu den Demonstranten gelangen konnte, ihn ansprachen und festnahmen. Als er angesprochen wurde, habe Teufel sich zu Boden fallen lassen. Diese Schilderung erscheint unvereinbar mit der durch Filme, Fotos und zahlreiche Zeugenaussagen belegten Tatsache, daß Teufel während des Sitzstreiks von drei oder vier Polizeibeamten in Uniform überfallen, mit Gummiknüppeln, Fäusten und Fußtritten traktiert, an den Haaren gezogen und weggeschleift wurde.

Die Justiz hat wiederholt den Versuch gemacht, bei der Prüfung des sogenannten dringenden Tatverdachts die aufgetretenen Widersprüche wegzudeuten. So wurde die These erwogen, daß der Polizeibeamte, den



Teufel beim Sitzstreik unmittelbar vor der Festnahme



Widerspruch in der Aussage des Belastungezeugen: Teufel wird festgenommen (oben). Der Polizeibeamte in der weißen Verkehrspostenkleidung, der ihn festgenommen haben will, kommt erst in einer späteren Phase beim Abtransport Teufels hinzu (unten).

Teufel möglicherweise durch einen Steinwurf verletzt haben soll, der also unmittelbar nach dieser angeblichen Attacke auf der Bismarckstraße zusammengebrochen ist, erst fünf Minuten nach diesem angeblichen Ausbruchsversuch von einem Ambulanzwagen weggefahren wurde. Zeugenaussagen und Filme belegen, daß der Polizist sofort nach seiner Verletzung abtransportiert wurde. Das aber war fünf Minuten nach der Festnahme Fritz Teufels. Die Justiz hat also versucht, die These zu stützen, daß der Polizist vielleicht schon zu einer Zeit, als Teufel noch frei war, verletzt wurde, daß er aber erst fünf Minuten später, als Teufel bereits festgenommen war, abtransportiert wurde. Auf den Grundwiderspruch in den Aussagen der Entlastungszeugen und der Polizeibeamten ist die Justiz nicht eingegangen. Die einen sind bereit, mit ihrem Eid zu bekunden, daß Teufel aus dem Sitzstreik heraus in der Mitte der Demonstranten ergriffen und weggeschleift wurde. Die anderen behaupten dagegen, ihn auf der Straße festgenommen zu haben.

Korrekturen

Wenn am 27. November der Prozeß beginnt, wird Fritz Teufel 143 Tage in Untersuchungshaft gesessen haben. Man tritt den ehrenwerten Dienern der Justiz wohl nicht zu nahe, wenn man die Vermutung ausspricht, daß allein die fast fünfmonatige Untersuchungshaft eine Verurteilung von Fritz Teufel nahezu erfordert. Oder sollte das Gericht sich bereitfinden, den mit der Haft befaßten Kollegen zu bescheinigen, daß die vorgegebenen Haftgründe fadenscheinig waren? Daß ein dringender Tatverdacht nach der vorliegenden Beweislage nicht gegeben war? Schon deshalb, weil die Aussagen der Polizeibeamten in sich widersprüchlich sind. Selbst die Zeitangaben passen nicht zueinander. Die Polizeibeamten waren gezwungen, aufgrund des ihnen vorgelegten Beweismaterials ihre Zeitangaben zu revidieren; sie mußten von der ursprünglichen Zeitangabe 19.45 Uhr auf die Tatzeitangabe 20.10 Uhr ausweichen. Es liegen Bilddokumente vor. die eindeutig beweisen, daß der Polizeibeamte, der vorgibt, Fritz Teufel angesprochen und als erster festgenommen zu haben, erst hinzukam, als drei Beamte ihn schon wegschleppten. Dieser Polizeibeamte — er trug weiße Verkehrspostenkleidung — hat dann lediglich ein noch freies Bein von Teufel ergriffen und beim Wegschleppen geholfen.

Diese offenkundigen Widersprüche würden einen wirklich unabhängigen Richter dazu führen müssen, den dringenden Tatverdacht zu verneinen

Das Märchen von der Fluchtgefahr

Untersuchen wir den zweiten Haftgrund: angebliche Fluchtgefahr. Kurze Zeit nach der Festnahme versuchte der Bischof von Berlin-Brandenburg, Scharf, die Freilassung von Fritz Teufel zu erreichen. Er hat mit dem Generalstaatsanwalt die Möglichkeit einer Haftverschonung erörtert und angekündigt, daß die Kirche gleichsam die Bürgschaft dafür übernehmen würde, daß Teufel nicht flieht. Scharf bot an, Teufel in einem evangelischen Wohnheim Unterkunft zu geben. Der Generalstaatsanwalt beim Landgericht sagte zu, diese Anregung zu prüfen und möglicherweise einer Haftverschonung zuzustimmen.

Fritz Teufel hat die Möglichkeit, durch dieses Türchen der Haftanstalt zu entschlüpfen, nicht benutzt. Er argumentierte, daß man ihn als Mitglied der Kommune gerade deshalb festgenommen hat, um die These von der kriminellen Minderheit unter den Demonstranten durch ein Exempel bestätigen zu können. Eingedenk der Lehren aus dem Verfahren wegen des angeblichen Bombenattentates auf Humphrey, wo sich nach zwei Tagen herausstellte, daß es sich um einen harmlosen Ulk gehandelt hatte, man die Ermittlungen aber gleichwohl monatelang hinauszögerte und erst Ende Oktober die betroffenen Kommunemitglieder durch ein unscheinbares Schreiben von der Einstellung des Verfahrens benachrichtigt wurden (das einst so gefährliche Rauchpulver wurde auch zurückgegeben), sagte Teufel: Wenn ich auf das Angebot der Kirche eingehe, nicht mehr in Haft bin und damit der Fall Teufel keine Dringlichkeit mehr hat, dann werden bis zum Verfahren Monate ins Land gehen. Dann werden die Prozesse gegen die studentischen Demonstranten unter dem Eindruck durchgeführt werden, daß hier tatsächlich die Demonstranten mit kriminellen Mitteln gegen die Polizei vorgegangen seien. Und unter dieser Devise wird man dann versuchen, durch drakonische Strafen gegen andere Demonstranten zu zeigen, welche Folgen die Teilnahme an Demonstrationen haben kann. Wenn er aber weiterhin durch seine freie Entscheidung in Haft bliebe, seien die Staatsanwaltschaften und die Gerichte gezwungen, den Fall Teufel so schnell wie möglich abzuhandeln. Und Teufel wollte durch den klaren Beweis seiner Unschuld die These von der kriminellen Minderheit zerstören, um dadurch die Belastung, die anderen Demonstranten in den gegen sie eingeleiteten Strafverfahren droht, zu zerstören. Diese Überlegung war es auch, die ihn veranlaßte, der diffamierenden Meldeauflage nach einmal bewilligter Haftverschonung nicht nachzukommen. Er hat sich freiwillig wieder zum Haftvollzug gestellt; würde das jemand tun, der sich schuldig fühlt und fliehen will?

Er wollte damit erreichen, daß die Justiz endlich Farbe bekennen muß, daß sie sich nicht auf einen die Affäre in der Schwebe haltenden faulen Kompromiß zurückziehen kann. Sie sollte nicht bis zum Abschluß des Verfahrens monatelang behaupten können, nach wie vor bestehe dringender

Tatverdacht gegen Teufel, nur die Fluchtgefahr sei vermindert.

Fritz Teufel wurde nach der Weigerung, der Meldeauflage nachzukommen, um dadurch eine baldige Entscheidung in seinem Fall zu erzwingen, wieder inhaftiert. Die Justiz hat Farbe bekannt. Sie hat eindeutig dokumentiert, daß sie in ihrer Willfährigkeit, eine unbequeme Opposition auszuschalten, vor keiner Verletzung rechtsstaatlicher Grundsätze zurückschreckt.

Auswahlprinzip

Warum wurde gerade Fritz Teufel herausgegriffen, um an ihm ein Exempel zu statuieren? Es liegt auf der Hand, daß rechtsfremde politische

Erwägungen im Spiele sind.

Wenn man die solidarische Front der Studenten und Demonstranten sprengen wollte, mußte man dort ansetzen, wo sich eine Gruppe herausgebildet hat, die durch ihre skurrilen Aktionsformen auf das Unverständnis der Mehrheit der Studenten stößt. Hier schien am ehesten die Möglichkeit, daß die Studenten ihre Solidarität versagen würden; an einem Mitglied der Kommune schien die Justiz am ehesten ungestraft ein abschreckendes Exempel vollziehen zu können. Dabei wird die unbewußte Affektabwehr miteinkalkuliert gewesen sein, die der Name "Teufel" in der Offentlichkeit hervorrufen kann. Wenn man den Kommune-Teufel wider Recht und Gesetz monatelang würde festhalten können, durfte man sich davon eine abschreckende Wirkung auf die anderen Demonstranten erhoffen.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Die Vietnam-Demonstration am 21. Oktober hat gezeigt, daß sich die außerparlamentarische Opposition von der Justiz nicht einschüchtern läßt. Immer mehr Menschen begreifen, daß ihre Solidarität mit Fritz Teufel nicht eine moralische Unterstützung für ein Justizopfer ist, sondern ein politischer Akt, mit dem sie das eigene Recht auf Demonstration verteidigen.

Steckbrief



Dr. Blathai Dabalaka

Gesucht wird

Dr. jur. Diether Dehnicke Generalstaatsanwalt in Berlin

Der Gesuchte ist dringend verdächtig, in Berlin in den Monaten Juni und Juli 1967 vermutlich aus politischen Motiven ein Verbrechen der

Preiheitsberaubung im Amt

zum Nachteil von Fritz Teufel begangen zu haben.

Dehnicke hat in seiner Eigenschaft als Generalstaatsanwalt die Fortdauer der Untersuchungshaft von Fritz Teufel veranlaßt, obwohl ihm dessen Unschuld bekannt ist.

Er ist weiterhin verdächtig, die beiden Polizeibeamten, die zum Nachteil von Fritz Teufel gelogen haben, um der unfähigen Stadtobrigkeit einen Sündenbock zu liefern, zu begünstigen.

Beschreibung des Täters:

mittelmäßige Erscheinung, Brillenträger, ovales Gesicht, geb. 22. 2. 1925, 1,80 m groß, gelocktes Haar, noch im Amt, verkehrt in Senatskreisen, solange er gebraucht wird.

Sachdienliche Hinweise, die zur Ergreifung des Täters führen, nimmt jedes Polizeirevier entgegen.

Der Polizeipräsident in Berlin

UND DAS KAM UNTEN AUS DER MÜHLE HERAUS:

Amtsgericht Tiergarten

Gesch Nr. 262 Cs 787/67
(Bitte bei allen Schreiben angeben)

1 Berlin 21, den 21. September 1967 Tormstraße 91 Fernrui: 35 01 11, App.: Sprechtunden: Medium ble irolto 864-

.n Herrn

matthias G r o n i n g e r, geb. 11. 2. 1946 in Rom/Italien,

1 Berlin 15
Sachsische Straße 3

Strafbefehl

Sie werden beschuldigt,

in Berlin
am 26. Juli 1967
in Beziehung auf einen underen nicht erweislich wahre
in Beziehung auf einen underen nicht erweislich wahre
Tatsachen behauptet oder verbreitet zu haben, welche lenselben verzechtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung
herabzundräugen geeignet sind, und zwar öffentlich und durch
Verbreitung von Darstellungen,

indem Sie

im Gebäude des Kammergerichts als "Steckbrief" aufgemachte Flugblätter verteilter, in deren der Generalstaatsanwalt bei dem Landgericht Berlin, Herr Dr. Diether Dehnicke, der Wahrheit zuwider der Freiheitsberaubung im Amt, der Verfolgung Unschuldiger und der Begünstigung im Amt verdächtigt wird;

- Chertretung - Vergehen - nach § § 186, 40 StGB.

Amital: 1) Das Flugblatt,
2) Zeuge: Amtsrat Schöne,
1 Berlin 19, Witzlebenstraße 4-5,
Kammergericht Berlin.

Der Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht hat Strafantrag gemäß § 196 StGB gestellt.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wird desnalb segen Sie eine Gefängnig strafe

on 3 - drei - Monaten

festgesetzt

Die sichergestellten Flugolitter werden eingezogen.

StP 67 II Amtarichterlicher Stratbefehl mit Festsetzung einer Freiheitsstrafe (§ 408 StPO). StAT 18000 3. 67 Zugleich

Zunächst kommt im vereinfachten Schnellverfahren ein Strafbefehl mit der höchstmöglichen Freiheitsstrafe. Als Test zuerst gegen politisch Unbekannte. SDS-Mitglieder, Kommunarden, die ebenfalls Steckbriefe verteilt hatten, kommen später dran. Die haben schon mehr Übung im Striptease der verkalkten Autoritäten. ***

Die hohe Justiz schlägt hart zu. Sie ist getroffen, wenn man die politische Wachsfigur unter der Robe hervorzerrt. Ihre Rache tut so, als handele es sich um eine Beleidigung von Individuen durch Individuen und nicht um einen Angriff auf eine Institution, in der Menschen nur noch als Funktionselemente erscheinen. Die Institution setzt ihre Ehre vergleichsweise hoch an. Bewährung kann es da nicht mehr geben, denn: der Vorwurf gegen Dehnicke ist "außer vielleicht Mord" der schwerste, den sich der Staatsanwalt vorstellen kann (im Plädoyer gegen die wegen Verteilen des Steckbriefs angeklagte Christel Bockhagen).

**Inzwischen sind zwei weitere solcher Strafbefehle ergangen und ein minderjähriger Flugblattwerfer ist zu drei Wochen Jugendarrest verurteilt
worden.

34,---

Ruppander

Antegorichterat Schrichtenstern beschreiter weren

", Damittelbere Bernhlung ench bei Teilzehlungen — eur im Geschäftesimmer der Justiskasse von 9 - 13 Uhr; außer sonnebendel



Suffa

ANSTALTSORDNUNGSBRECHER

508 -79/67

Wie man im Gefängnis demonstriert

Beschluß

In der Strafsache

gegen den Studenten Fritz Teufel, zur Zeit in der Untersuchungshaftanstalt Moabit zu Gef.B.Nr. 2907/67

wegen Landfriedensbruchs

wird gegen den Angeklagten hartes Lager bis zu einer Woche als Hausstrafe verhängt.

Zugleich wird dem Angeklagten die Genehmigung zur Benutzung einer privaten Schreibmaschine entzogen.

Gründe:

Der Angeklagte befand sich vom 2. Juni bis zum 10. August 1967 wegen des Verdachts des Landfriedensbruchs in Untersuchungshaft. Nach widerrufener Haftverschonung befindet er sich seit dem 15. September 1967 erneut in Untersuchungshaft.

Der Angeklagte unternahm am 21. Oktober 1967 im Zusammenwirken mit dem Untersuchungsgefangenen Werner Sokoli, der sich wegen des Verdachts landesverräterischer Beziehungen für den Bundesgerichtshof in Untersuchungshaft befindet, eine "Protestaktion gegen den Vietnam-Krieg" "verbunden mit einem Protest gegen die Wilkür der politischen Justiz von Berlin." Er malte ein Plakat mit der Aufschrift

"Richter und Staatsamwälte sind die Ledernacken des §§§-Dschungels"

von einer Größe von 40 x 55 cm und stellte sahlreiche kleine Flugzettel mit Aufschriften wie

"AMIS RAUS AUS VIETNAM ! NAZIS RAUS AUS DER JUSTIZ!"

"Der Krieg in Vietnam findet nicht nur in Vietnam statt, er ist überall; auch in Moabit."

"Was hat die Berliner Justiz mit dem Krieg in Vietnam zu tun? Beide dienen demselben System, beide stinken zum Himmel!"

von der Größe 7 x 2 bis 3 cm unter Benutzung der ihm genehmigten Schreibmaschine her. Während der Freistunde am 21. Oktober 1967 verließ er den Freistundenkreis, hängte sich das Plakat um und streute die Flugzettel aus. Soloki hatte unterdessen die Freistunde wegen angeblicher Gehbeschwerden verlassen, nachdem ihm der Angeklagte einen Umschlag mit Flugzetteln zugesteckt hatte. Soloki hing zwei angeblich von ihm gefertigte Plakate mit Außschriften

"LIEBER GAR KEINE JUSTIZ ALS DIE BERLINER JUSTIZ !"

*DIE OPFER DER POLITISCHEN JUSTIZ VON BERLIN ERKLÄREN SICH SOLIDARISCH MIT DEM FREIHEITSKAMPF DES VOLKS VON VIETNAM *

von der Größe 40 x 55 cm sowie eine Fahne der Vietkong von der gleichen Größe aus seinem Zellenfenster und warf die Flugzettel, die er von Teufel erhalten hatte, auf den Freistundenhof, als der Angeklagte seine Aktion begann. wegen dieses Sachverhalts, den der Angeklagte und Sokoli zugestanden haben, hat die Staatsanwaltschaft auf Vorschlag des Vorstandes der Untersuchungshaftanstalt beantragt, eine Arreststrafe gegen den Angeklagten zu verhängen und ihm die Erlaubnis zur Benutzung der Schreibmaschine zu entziehen. Der Angeklagte ist hierzu gehört worden. Er hat sein Verhalten damit erklärt, daß er das Recht der freien Meinungsäußerung und die moralische Pflicht, gegen Unmenschlichkeit zu protestieren, für kostbarere Rechtsgüter halte "als die dubiose Ordnung in dieser dubiosen Anstalt".

Die Verhaltensweisen des Angeklagten stellen einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Sicherheit und Ordnung in der Anstalt dar und können mit einem Verweis nicht hinreichend geahndet werden, obgleich es sich um die erste Maßnahme dieser Art gegen den Angeklagten handelt. Die Strafkammer hält die nach § 119 StPO in Verbindung mit Nr. 68 Abs. 1 Ziff. 6 UVollzO verhängte Hausstrafe von einer Woche harten Lager für erforderlich, um den Angeklagten zur Einhaltung der Anstaltsordnung anzuhalten.

Zugleich war dem Angeklagten die Erlaubnis zum Gebrauch einer privaten Schreibmaschine zu entziehen, da der Angeklagte die Schreibmaschine bestimmungswidrig verwendet hat.

> Berlin 21, den 10. November 1967 Landgericht Berlin, 8. Strafkammer



(Jenusian) Justicingsstellte

gls Januardsbesuter der Beschäft Stelle des
Jenugarients

Fritzenta, immunose 11321 UHA - Moribil Gel. B. No. 2907/67

13.44.1967

Anden Herm LG - Direktor Paul Leim LG Berlin zu Gesterns. 508-78/67

Bets: die neuslan Antrage der Hachanwalbelaft Und de Vorstands der Unterneumghaftanstalt.

Meine Demonstration in Saclen Vietnam beantworkt die 8. Strafkanime damit, daß sie zun, die Matratze untern Hinten wegzog.

Meinen Versul, die Kommunikationsstruktw in diese widerwästigen Anstall zu verlessen, wäcke die Staatsanwaltschaft und weiteren Represalien beantword sehn. Man kann kaum einen Fuz in Seinw Zelle Panen, ohne daß siel die Strafkamme benninkigt sieht, Beschüsse zu Fassen Wenn Sie siel mit demodlen Eiferen das wird entlensende Matural Gekünnul halten wäße ist milt.

Am 27. 11. beginnt du Landfriedenstruch prozess. Wei irrinu de Ansielt sein sollte i dre Bedingungen der gesteutlen Artest seien gruntig fri die Vortweitung einer langen und anstengende Prozosses jier bin micht diese Ansicht. Im Cycynteit

Bei du "Razzia" in munu Zelle wuden u.a. auch ein mit n Gasi" un beschielen Brief und zwei Girlanden "sieleapptellt, Ding, also, die auf dem normalen", zeusieken Postbeeg zu mis celangt waren. Ich habe den Bearnten des
Mustizvollzugs, Henn körte I melsmab eindringlie darung
hungwiesen, dar für die "Sielesstellung" diese Dinge

and format rechtlick mich du gringste Anlass betinde Her Korre, selfshertick und stre weschoss sich wienen Einwänden. Berot hun die Haatsanwaltschaft in ihrem tilsweifer beantiagt, dem Herri Kötte che Ohren absibriden in lassen, michte ich in Anhetacht des Urnstands; da 13 du Herr Kötte ein bijblen werkalkt wirtet und ohnehm in einem halben Jah pensionier wird, cheu Sacle (abe nie diese Sacle (abe nie diese Sacle) als erlechgt betrechten, sofen man von zur die Girlanden und den Bried

ps. (he Zettel weden imme schäbige. Der letzte (vom Z.M.) war wengstens noch gesternysch und von eine Justizangstellen teglansig. Gewall ohne Stangel und Berglansigungen with

unglantstid nackt. Nehmen fie sid ein Beispid am Kamme wicht. Die Renk maden umme nod eine

bank Kardel on the Beschisse.

Was macht die Justiz, wenn alle Märchen über die Gewalttaten des Eingesperrten wie Seifenblasen geplatzt sind? Wird sie dann eine neue Begründung für die Untersuchungshaft finden? Vielleicht so:

132 Teufel erstach Uniformierten

Schon am ersten Tag platzte im überfüllten Sitzungssaal des Schwurgerichts eine Bombe: Teufel hat am 2. Juni bei seinem Ausbruchsversuch vor der Oper einen als Polizisten verkleideten Zivilisten mit dem Messer erstochen. Damit ist die Wahrheit über den 2. Juni enthüllt. Endlich wissen wir, wie es zu den unglaublichen Gerüchten über die Straßenschlacht an jenem Abend kam. Jetzt erfahren die Berliner, wie richtig das Vorgehen der Polizei war. Die polizeiliche Lautsprecherdurchsage über den von Demonstranten getöteten Polizisten wurde auf Anordnung der Abteilung I bis zur Aufklärung eingezogen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß der Erstochene keine polizeiliche Erkennungsmarke trug. Dazu kam, daß nach Abflug des Schahs kein Polizist vermißt wurde. Auf der anderen Seite hielt sich hertnäckig das Gerücht von einem sweiten toten Demonstranten. (Forts. S. 2)

Dunkelmänner

Politische Polizei — die Agentur der Justiz

Eine suggestive ideologische Schulung, die ihresgleichen sucht, produziert die Spezies des politischen Soldaten, eine zivile Eliteformation, deren aggressives Verhalten geformt ist durch die Erziehung zur lückenlosen Liquidierung der politischen Opposition als gesellschaftlicher Kraft. Die Politische Polizei ist, trotz ihrer formalen Isolierung und trotz ihrer praktischen Anonymität, nicht das, was man einen Staat im Staate nennt; sie ist umgekehrt gerade die Verkörperung der Ideologie des Herrschaftsapparats, der bestorganisierte und effektivste aller Verwaltungszweige. Sie handelt nicht als Beauftragte von politischer Herrschaft sondern als politische Herrschaft selbst.

Die Funktionstüchtigkeit einer solchen Eliteformation beruht auf der radikalen Ausschaltung der individuellen Psyche der ihr Angehörenden. Sie kann es sich nicht leisten, Personen zu beschäftigen, die die Kontrolle des anderen nicht als ständige Kontrolle der eigenen Regungen verstehen; diese Kontrolle funktioniert aber nur, wenn sie sich überflüssig macht: durch den praktischen Bruch mit der eigenen Geschichte, durch eine beispiellose Deformation und Verelendung des Charakters.

Der Chef der Westberliner Politischen Polizei, Eitner, verfügt über ca. einhundertfünfzig solcher Menschen. Die Vorstellung, sie arbeiteten im Verborgenen, ist falsch. Nach den Direktiven der Schreibtischtäter der Spitze arbeiten Agenten, die sich einbilden, sie wären durch ihre komplizierte Maskierung nicht zu erkennen. Ihr spezifischer Mummenschanz erfuhr eine dreifache Schichtung: als Charaktermasken der spätbürgerlichen Gesellschaft mühen sie sich im Gewand des Passanten, den "Kriminalbeamten" zu verbergen.

Neue Aufgaben

Das Auftreten von Agenten der Politischen Polizei in der Offentlichkeit ist Ausdruck ihres veränderten Aufgabenbereichs. Nach dem 13. August 1961 trafen Westberlins liebste Kinder, die Tunnel grabenden und Pässe fälschenden Studenten, wie von selbst mit den Angehörigen von Abt. I zusammen. Unter falschen Namen berieten und flankierten diese die selbstlosen Helden eines Untergrunds, den der Senat zu schätzen wußte, im Namen der gemeinsamen Sache. Damals genügte ein Wink, um den Apparat in Bewegung zu setzen: der Bruder eines italienischen Tunnelgräbers etwa, der als Mitglied einer religiösen Sekte nicht wünschte, daß ein Blutsverwandter durch den Kampf mit weltlichen Mächten sich ins Unglück stürze, hatte die Gräberkolonne telefonisch von seinem Vorhaben unterrichtet, das Tunnelprojekt in Ostberlin zu verraten. Ein Anruf konnte diesen Plan vereiteln: zehn Minuten nach der Ankündigung seiner Absicht wurde der Verräter beim Verlassen eines Restaurants in der Nähe eines S-Bahnhofs festgenommen.

Seit die Studenten in Westberlin begonnen haben, an den ideologischen und materiellen Fesseln einer irrealen Politik zu zerren, seit sie be-

gonnen haben, mit der Arbeiterklasse zusammen den parlamentarischen Kretinismus des Westberliner Senats zu entlarven als die Komödie, mit deren Hilfe die westdeutschen Konzerne die politische und ökonomische Agonie dieser Stadt als hauptstädtisches Dauerfestival hilflos zu präsentieren versuchen, seit sie sich also angeschickt haben, den ihnen zugewiesenen Raum als gesellschaftliche Kraft zu durchbrechen, hat die Politische Polizei, nach einer Durststrecke von mehreren Jahren, wieder Beschäftigung gefunden. Die Archivare des Erkennungsdienstes, Spalte Linksradikalismus bitten um neue Räumlichkeiten; denn gegen Massen glaubt man nur mit der allmächtigen Kartei regieren zu können.



Greifer vor dem Einsatz

Diese Kartei ist monströs. Ein Beamter ist beispielsweise seit zweieinhalb Monaten ausschließlich damit beschäftigt, eine einzige Stunde — die Vorgänge vor dem Rathaus Schöneberg vom 2. Juni — zu bearbeiten. Aus einem schier unübersehbaren Foto- und Filmmaterial werden Foto-karteien angelegt; die Fotos, Totalaufnahmen und Ausschnittvergrößerungen, dienen der Ermittlung von Beteiligten, die, sofern sie identifiziert werden können, um einen Besuch beim Sachbearbeiter gebeten werden. Uber die Köpfe sind gelbe kreisrunde Marken geklebt, in welche gestochen scharf eine Nummer geschrieben wurde. Der Demonstrant ist damit karteimäßig erfaßt und erhält fortan stets dieselbe Nummer. Sauber gezeichnete Pfeile verbinden die gelbe Marke mit dem Kopf des Demonstranten. — Die Beamten arbeiten fieberhaft unter dem halluzinatorischen Eindruck, es gelte eine Organisation zu erfassen und zu zerschlagen, die mindestens genauso perfekt arbeitet wie die Polizei selbst.

Der Beamten hat sich inzwischen ein Zynismus bemächtigt, der ohnegleichen ist. Wartende, die sich über zu lange Wartezeiten beklagen, begegnen dem Hinweis, es habe sich dabei nicht um ein psychologisches Druckmittel gehandelt. Nach einer dreistündigen Vernehmung bringt es ein Beamter fertig, gegenüber dem Vernommenen seine Erleichterung über die abgeschlossene und protokollarisch fixierte Vernehmung mit den Worten auszudrücken: "Solche Sachen gehen mir auf die Nerven!" Eine solche Außerung bezeichnet beispielhaft die ununterbrochene Tradition des faschistischen Gedankens, sie knüpft an das Selbstmitleid der KZ-Lagerverwalter an, wie es etwa auch von Himmler überliefert ist. Der Liquidator erwartet allen Ernstes vom politischen Gegner, er möge Verständnis aufbringen für die Schwierigkeiten, die seine Liquidierung bereitet.

Mitdemonstranten

Zur filmischenDokumentation der Vietnamdemonstration vom 21.10.67 hatten sich die Politischen im ruinösen Eckbau Kurfürstendamm/Joachimstaler Straße verschanzt; in dem Gebäuderest, (den PanAm zurückließ, als die Gesellschaft ins Europacenter umzog) hatten sie ihre Filmkameras montiert

Innensenator Neubauer, der noch im Jahre 1960 als SDS-Genosse während einer Landesvollversammlung des Verbandes zu einem Grundsatzprogramm referierte, blickte neben Senatsrat Prill, neben Löffler, neben dem Chef der Abt. I, Eitner (Telefon privat: 304 07 60), und neben dem stellvertretenden Polizeipräsidenten Moch mit sorgenvoller Miene auf den Zug der zehntausend Demonstranten. Pepper hatte den Vertretern von Senat und Abgeordnetenhaus, der Polizeiführung und ausgewählten Personen der Massenmedien und des öffentlichen Lebens drei leerstehende Büroräume im dritten Geschoss des Europacenters als Kommandozentrale überlassen. Von hier aus stand die uniformierte Polizei über zwei Telefone und zwei Funkgeräte ständig mit den ambulanten Empfangswagen, hinter denen Hundertschaften auf ihren Einsatz warteten, in Verbindung. Sie mußte von der politischen Führung gemäßigt werden mit dem unverhohlenen Hinweis, die als Einstand für Schütz verstandene weiche Welle werde die radikalen Kräfte kaum integrieren, so daß bei entsprechender Gelegenheit mit hartem Durchgreifen zu rechnen sei. Die Politische Polizei dirigierte über ein separates Sprechgerät ihre Agenten durch die Demonstration. Zum ersten Male wurden die bei früherer Gelegenheit bereits wahrgenommenen jungen Beamten der Politischen Polizei aus ihrer bloßen

*Wir können nur empfehlen, einer solchen Einladung zu folgen. Sie gibt dem Eingeladenen mehr Aufschluß über die Politische Polizei, als dieser die Aussagen des Eingeladenen. Beobachterfunktion entlassen; der Beamte K. mit dem Baby, der Herr im Pfeffer- und Salz-Jackett mit der Springerplakette am rechten (!) Revers und weitere gut kostümierte Agenten verfolgten nach den Maximen der Rädelsführertheorie Dutschke, Kunzelmann, Langhans und Schlotterer auf Schritt und Tritt. Beobachtungen von "Gesinnungsgenossen" und Auskünfte von Informanten im Befehlsstand geben dieselben Tatbestände wieder; bevor Dutschke den Verfolgern aus den Augen geriet, konnten sie noch nach oben telefonieren, er säße in einem Café und "nehme etwas zu sich".

Agenten der Registratur

Die politische Erziehung der Agenten gewährleistet die lückenlose Redistratur der Linken; die Kartei verzeichnet minuziös die bloße Teilnahme an politischen Veranstaltungen; sie produziert damit ganz automatisch den physiognomisch fixierten Typus des Rädelsführers. Als z.B. vor dem Besuch des Aggressionsapologeten Humphrey, den die Polizei sicherlich zu Unrecht wie einen Kriminellen durch die Stadt geleitete, das Abhörauto der Politischen Polizei, ein abgedunkelter VW-Bus mit ausgefahrener Dachantenne und Richtstrahlmikrophon, vor dem Zentrum des SDS zum großen Bedauern der Beteiligten nicht umgestürzt werden konnte, sprangen aus den herbeigerufenen Wagen der Polizei auch die Agenten der Registratur in Hut und Mantel und schossen mit einem Kartenspiel von Fotos in der Rechten durch die Menge, in welcher sie Rädelsführer vermuteten. Schlotterer, auf den sie fixiert sind, wurde mitgezerrt; er hatte als Beobachter auf dem Bürgersteig des Kurfürstendamms gestanden. Die Anklage lautet auf Landfriedensbruch. Die Kartei, in der Schlotterer zum x-ten Male auftaucht, präjudiziert als Resultat politischer Verfolgung das Urteil über den Verfolgten Die Politische Polizei arbeitet mit einem politisch vorgeprägten Material in die Hände einer Justiz, die damit, über die allgemeine Wahrnehmung der Interessen der Herrschenden hinaus, als Klassenjustiz erst recht sich definiert. Ohne die Agentur der Politischen Polizei wäre die Justiz angewiesen auf die bloße Reproduktion von Traditionsmustern politischer Herrschaft; sie schlüge gleichsam blind zu. Erst die Politische Polizei macht die Justiz beweglich, transformiert sie in ein funktionales Instrument der Konterrevolution. Ihre Urteile wirken zurück auf die Tätigkeit der Politischen Polizei; sie transformieren den Polizeiapparat in den bewußten Exekutor politischer Herrschaft, in ein schließlich selbsttätig operierendes Organ der Klassengesellschaft. Ergreifung und Aburteilung der Opfer sind bloß formaler Ausdruck einer institutionellen und politischen Kooperation, deren kriminologischer Nachweis nicht erst erbracht werden muß.

Karl-Heinz Kurras — Der Fall einer Bürokratenkarriere

Wo demonstriert wird, arbeiten Polizisten in Zivil. Die Uniform dieser Beamten ist ihre Unauffälligkeit. Mit ihrer Hilfe soll jeder öffentliche Protest erstickt werden. Das wird nicht gelingen, wenn wir das Unauffällige auffallend machen, wenn wir da ansetzen, wo der politische Geheimapparat zum Charaktertyp wird.

Am besten eignet sich ein Kriminalobermeister, dessen Schußwaffengebrauch Geschichte gemacht hat: Karl-Heinz Kurras, 39, Karriere in der Abteilung I, angeklagt vor der 14. Großen Strafkammer des Kriminalgerichts Moabit. Verhandelt was der in Gericht die Fingerbewegung des Mannes, die zum Tode eines anderen geführt hat; die Nebenkläger (Rechtsanwälte Kohl, Mahler und Schily) versuchen auch die Hütergründe der Polizeischlacht vom 2. Juni aufzuklären. Die Aussagen des Angeklagten sind langsam, monoton, nur unterbrochen von einem stereotypen "So was ergab sich nun". Auf Wiederholungsfragen antwortet er wie auswendiggelernt mit den gleichen Formulierungen. Aber diese amtssprachlichen Versatzstücke braucht er wohl nicht mehr zu lernen, sondern nur noch aneinanderzureihen.

Der Dienstweg des Innenlebens

Dieser Mensch mit dem "verrückten Sauberkeitstimmel", dessen Hubby das Schießen ist ("Wer kein Hobby hat, hat Weibergeschießten oder und stolpert dann." [Stern-Interview]) hat am 2. Juni dienstlich die gabe, "dafür Sorge zu tragen, daß die wicklung des Staatsbesse ohne Störungen verläuft", konkret, "Rese bührer ausfindig zu mac die Situationen anbeisen oder angebetzt führer ausfindig zu mach

die Situationen anheisen oder angeheizt.
Was entdeckt ein Kriminalpolizist, der angeheizt der Dier angeheizt wird, was entdeckt ein Kriminalpolizist, der atte o bis de angeheizt wird, um — "wie schon früher" — Rädelsführer aufgespurent Er sieht sich eine "akuten Masse" gegenüber, einer "seelisches Lieichschaltung der Demonstranten"; er hört Gespräche mit, die er wie singblätter so versieht, dat die Demonstranten vorgehen mit die er wie singblätter so versieht, dat die Demonstranten vorgehen mit den sass orien, die ihm auf dem Dienst-

weg übermittelt werden.

Während seiner ganzen Aussage, die Stunden dauert, bleibt Kurras Während seiner ganzen Aussage, die Studen dauert, bleibt Kurraruhig, sicher und unbeweglich. Er äußert nirgends Gefühle, die die Monetonie der gestanzten Aussage unterbrechen würden. Auf die Frage, wie er den Tod des Studenten beurteilt, konzu glatt und unbewegt. Er "bedaure es außerordentlich, daß der Studezt durch ein Geschehen, das nicht von mir ausgelöst wurde," zu Tode gekannen ist; "es konnte nicht verhindert werden." So kommentiert er als "Metsch mit humanistische Erziehung", wie er sich in diesem Zusammenham tharakterisiert. Er konnte nicht verhindert werten weit das wie Erziehung sich selbst zum passiven Vollzieher in einem Hande gerahmen nich methen lassen der auf zwanghafte Ordnung beschräute ist: Er konnte es tatsächlich nicht verhindern

Die Mechanik des Greifcharakiers

Sein Hauptberuf, Ragelsführer zu ergreifen, bringt ihn dazu, daß er keine individuellen Demonstranten mehr wahrnehmen kann, sondern dur noch Masse oder Rädelsführer. Diese werden danach ausgesondert. sich auffällig verhalten, z.B. winken oder pfeifen. Von Eummiken Polizeischlägern und hilfreichen Bürgern weiß Kurras silchts

nchten; so etwas sieht er nicht.

Dieser stromlinienförmige Charakter ist das Endprodukt eites 🔊 das alles Verhalten von Gruppen und Einzelnen durchgängne Wie eine Maschine ist er auf ein bestimmtes Programm desch kann nur in diesem programmierten Rahmen reagieren. Typen d lassen sich in beliebiger Zahl bei Polizei, Justiz und im bure Universitätsapparat finden. Das Besondere an Karl-Heinz Kurras ist sein beispisthafter Fehler vom 2. Juni, der sich an seiner Aussage gut verfolgen läß

rde in einem Fall ein Student als Hauptradelsführer von einer • So n von Kurras festgenommen, weil er in der Krummen Straße tillerpfeife gepfiffen hatte. Die Anklage geht auf schweren Lag ruch — Zuchthaus bis zu wehn Jahr

Am besten eignet sich ein Kriminalobermeister, dessen Schußwaffengebrauch Geschichte gemacht hat: Karl-Heinz Kurras, 39, Karriere in der Abteilung I, angeklagt vor der 14. Großen Strafkammer des Kriminalgerichts Moabit. Verhandelt wird vom Gericht die Fingerbewegung des Mannes, die zum Tode eines anderen geführt hat; die Nebenkläger (Rechtsanwälte Kohl, Mahler und Schily) versuchen auch die Hintergründe der Polizeischlacht vom 2. Juni aufzuklären. Die Aussagen des Angeklagten sind langsam, monoton, nur unterbrochen von einem stereotypen "So—was ergab sich nun". Auf Wiederholungsfragen antwortet er wie auswendiggelernt mit den gleichen Formulierungen. Aber diese amtssprachlichen Versatzstücke braucht er wohl nicht mehr zu lernen, sondern nur noch aneinanderzureihen.

Der Dienstweg des Innenlebens

Dieser Mensch mit dem "verrückten Sauberkeitsfimmel", dessen Hobby das Schießen ist ("Wer kein Hobby hat, hat Weibergeschichten oder Suft und stolpert dann." [Stern-Interview]) hatte am 2. Juni dienstlich die Aufgabe, "dafür Sorge zu tragen, daß die Abwicklung des Staatsbesuches ohne Störungen verläuft", konkret, "Rädelsführer ausfindig zu machen, die Situationen anheizen oder angeheizt haben".

Was entdeckt ein Kriminalpolizist, der mit 30 bis 40 seiner unauffälligen Kollegen während der Demonstration vor der Oper abgesetzt wird, um — "wie schon früher" — Rädelsführer aufzuspüren? Er sieht sich einer "akuten Masse" gegenüber, einer "seelischen Gleichschaltung der Demonstranten"; er hört Gespräche mit, die er wie Flugblätter so versteht, daß die Demonstranten vorgehen und "bei Widerstand zurückschlagen wollen". Kurras begreift Situationen nur in den Kategorien, die ihm auf dem Dienst-

weg übermittelt werden.

Während seiner ganzen Aussage, die Stunden dauert, bleibt Kurras ruhig, sicher und unbeweglich. Er äußert nirgends Gefühle, die die Monotonie der gestanzten Aussage unterbrechen würden. Auf die Frage, wie er den Tod des Studenten beurteilt, kommt glatt und unbewegt: Er "bedaure es außerordentlich, daß der Studert durch ein Geschehen, das nicht von mir ausgelöst wurde," zu Tode gekommen ist; "es konnte nicht verhindert werden." So kommentiert er als "Mensch mit humanistischer Erziehung", wie er sich in diesem Zusammenhang charakterisiert. Es konnte nicht verhindert werden weil Kurras sich selbst zum passiven Vollzieher in einem Handlungsrahmen hat machen lassen, der auf zwanghafte Ordnung beschränkt ist: Er konnte es tatsächlich nicht verhindern.

Die Mechanik des Greifcharakters

Sein Hauptberuf, Rädelsführer zu ergreifen, bringt ihn dazu, daß er keine individuellen Demonstranten mehr wahrnehmen kann, sondern nur noch Masse oder Rädelsführer. Diese werden danach ausgesondert, ob sie sich auffällig verhalten, z.B. winken oder pfeifen. Von Gummiknüppeln, Polizeischlägern und hilfreichen Bürgern weiß Kurras nichts zu berichten; so etwas sieht er nicht.

Dieser stromlinienförmige Charakter ist das Endprodukt eines Systems, das alles Verhalten von Gruppen und Einzelnen durchgängig verwaltet. Wie eine Maschine ist er auf ein bestimmtes Programm geschaltet und kann nur in diesem programmierten Rahmen reagieren. Typen dieser Art lassen sich in beliebiger Zahl bei Polizei, Justiz und im bürokratischen Universitätsapparat finden. Das Besondere an Karl-Heinz Kurras ist sein beispielhafter Fehler vom 2. Juni, der sich an seiner Aussage gut verfolgen läßt.

*So wurde in einem Fall ein Student als Haupträdelsführer von einem Kollegen von Kurras festgenommen, weil er in der Krummen Straße auf einer Trillerpfeife gepfiffen hatte. Die Anklage geht auf schweren Landfriedensbruch — Zuchthaus bis zu zehn Jahren!

Von Farbeiern und Steinhagel, denen er durch einen Standoxtwechsel ausweichen kann, berichtet er fast nebensächlich. "Schockiert" ist er erso durch das "sit down" der Demonstranten vor der Krummen Straße. Der passive Widerstand eines Sitzstreiks paßt nicht in sein Bild vom Demonstranten, der nur in der Masse schreien und aggressiv sein oder flüchten kann. Zum zweiten Male aus seiner dienstlichen Fassung gern "Das ist der Bulle, schlagt ihn tot! Tretet ihn!" Seine Reaktion: Flucht auf ein Seitengrundstück. Auf den Gedanken, von der wenige Meter hinteihm befindlichen Polizeikette Hilfe zu holen, kam er nicht: "Ich war zufiefst erschrocken und wollte persönlich dem Geschehen entweichen. Auf dem Grundstück sieht er sich wieder von Demonstranten umzingelt und verprügelt, sieht Messer in ihren Händen aufblitzen, nimmt die inzwischen eingetroffenen Polizisten nicht wahr, zieht die Pistole, gibt nach seiner Darstellung einen Warnschuß ab (ohne vorgeschriebenen Warnruf, da seine Zunge "wie gelähmt" ist -), wird darauf von Demonstranten am Arm gezerrt, wie er berichtet, ein zweiter Schuß geht los, er sieht noch, wie ein Demonstrant zusammenbricht.

Reaktion eines Ertappten

Nimmt man diese Aussage bis auf den sehr zweifelhaften Warnschuß beim Wort, so ist klar: Kurras ist mit seinem normalen Verhalten aus der Bahn geraten, angefangen bei der fehlenden Reaktion "Zurück zur Truppe" über die halluzinierten Messer bis zur völlig realitätsfremden Einschätzung der Situation und zur Fehlhandlung, dem Schuß.

Für den Grund des Zusammenbruchs seines normgemäßen Verhaltens zunächst eine Vermutung: Das aggressive Vorgehen der Demonstranten ist gegen ihn als Person gerichtet und daher höchst unbürokratisch. Es wirft ihn, zusammen mit der Entlarvung, daß das Zivile nur seine Maske ist, von der Ebene des mechanischen Verhaltens herunter. Seine Person wird Objekt von handelnden individuen, Er kann nicht mehr richtig reagieren, d. h. automatisch, sondern weicht der Demaskierung durch ziellose Flucht aus. Daher: "Ich war zutiefst erschrocken und wollte persönlich dem Geschehen entweichen."

Die Befreiung vom Bürokraten

Entscheidend am Fall Kurras ist nicht die juristische Tatsache, daß er ungerechtfertigt — vorsätzlich oder fahrlässig — auf einen Demonstranten geschossen hat, sondern, daß in ihm außer dem vorgeprägten Verhalten keine sozial vernünftigen Handlungen angelegt sind. Das Gericht bestraft ihn dafür, daß er nicht automatisch genug reagiert hat. In Wirklichkeit läßt das System einen Einzelnen dafür büßen, daß es den Maschinenmenschen nicht gegen unbürokratische Situationen immun machen kann.

Das pathologische Herausfallen eines Kurras aus der Realität ist die Kehrseite des auf Signale gedrillten Bürokraten. Das Herausfallen geschieht typischerweise in einer Situation, in der sich der Mensch Kurras in seiner Uniform ertappt sieht. Er greift zu einem falschen, ebenfalls maschinellen Befreiungsakt.

Irgendwo muß der Emotionsstau beim programmierten Menschen durchbrechen. Es wird versucht, auch diesen irrationalen Durchbruch dienstlich zu regeln: etwa im Leberwurstprinzip, wo das Hineinstechen und Auspressen bedeutet, daß das brutale Vorgehen der Polizisten gegen Demonstranten vorweggenommen und praktisch legalisiert wird. Aber die Unmenschlichkeit dieses dienstlichen Schlachtfestes kann nur noch schlecht verborgen werden.

Deshalb wird die Beschränkung menschlichen Verhaltens auf programmierte Muster für immer mehr Menschen unerträglich. Es wäre sinnfällig zu machen, daß es mehr Möglichkeiten gibt als die tödliche Alternative Formiertes Verhalten oder Zusammenbruch.

Von Farbeiern und Steinhägel, denen er durch einen Standortwechsel ausweichen kann, berichtet er fast nebensächlich. "Schockiert" ist er erst durch das "sit down" der Demonstranten vor der Krummen Straße. Der passive Widerstand eines Sitzstreiks paßt nicht in sein Bild vom Demonstranten der nur in der Masse schreien und aggressiv sein oder flüchten kann. Zum zweiten Male aus seiner dienstlichen Fassung gerät Kurras etwas später, als er auf der Rädelsführer-Fährte in der Krummen Straffe von Demonstranten umgeben ist und - so seine Aussage - hört "Das ist der Bulle, schlagt ihn tot! Tretet ihn!" Seine Reaktion: Flucht auf ein Seitengrundstück. Auf den Gedanken, von der wenige Meter hinter ihm befindlichen Polizeikette Hilfe zu holen, kam er nicht: "Ich war zutiefst erschrocken und wollte persönlich dem Geschehen entweichen." Auf dem Grundstück sieht er sich wieder von Demonstranten umzingelt und verprügelt, sieht Messer in ihren Händen aufblitzen, nimmt die inzwischen eingetroffenen Polizisten nicht wahr, zieht die Pistole, gibt nach seiner Darstellung einen Warnschuß ab (ohne vorgeschriebenen Warnruf, da seine Zunge "wie gelähmt" ist —), wird darauf von Demonstranten am Arm gezerrt, wie er berichtet, ein zweiter Schuß geht los, er sieht noch, wie ein Demonstrant zusammenbricht.

Reaktion eines Ertappten

Nimmt man diese Aussage bis auf den sehr zweifelhaften Warnschuß beim Wort, so ist klar: Kurras ist mit seinem normalen Verhalten aus der Bahn geraten, angefangen bei der fehlenden Reaktion "Zurück zur Truppe" über die halluzinierten Messer bis zur völlig realitätsfremden Einschätzung der Situation und zur Fehlhandlung, dem Schuß.

Für den Grund des Zusammenbruchs seines normgemäßen Verhaltens zunächst eine Vermutung: Das aggressive Vorgehen der Demonstranten ist gegen ihn als Person gerichtet und daher höchst unbürokratisch. Es wirft ihn, zusammen mit der Eftlarvung, daß das Zivile nur seine Maske ist, von der Ebene des mechanischen Verhaltens herunter. Seine Person wird Objekt von handelnden Individuen. Er kann nicht mehr richtig reagieren, d.h. automatisch, sondern weicht der Demaskierung durch ziellose Flucht aus. Daher: "Ich war zutiefst erschrocken und wollte persönlich dem Geschehen entweichen."

Die Befreiung vom Bürokraten

Entscheidend am Fall Kurras ist nicht die juristische Tatsache, daß er ungerechtfertigt — vorsätzlich oder fahrlässig — auf einen Demonstranten geschossen hat, sondern, daß in ihm außer dem vorgeprägten Verhalten keine sozial vernünftigen Handlungen angelegt sind. Das Gericht bestraft ihn dafür, daß er nicht automatisch genug reagiert hat. In Wirklichkeit läßt das System einen Einzelnen dafür bußen, daß es den Maschinenmenschen nicht gegen unbürokratische Situationen immun machen

Das pathologische Herausfallen eines Kurras aus der Realität ist die Kehrseite des auf Signale gedrillten Bürokraten. Das Herausfallen geschieht typischerweise in einer Situation, in der sich der Mensch Kurras in seiner Uniform ertappt sieht. Er greift zu einem falschen, ebenfalls

maschinellen Befreiungsakt.

Irgendwo muß der Emotionsstau beim programmierten Menschen durchbrechen. Es wird versucht, auch diesen irrationalen Durchbruch dienstlich zu regelne etwa im Leberwurstprinzip, wo das Hineinstechen und Auspressen bedeutet, daß das brutale Vorgehen der Polizisten gegen De-monstranten vorweggenommen und praktisch legalisiert wird. Aber die Unmenschlichkeit dieses dienstlichen Schlachtfestes kann nur noch schlecht verborgen werden.

Deshalb wird die Beschränkung menschlichen Verhaltens auf programmierte Muster für immer mehr Menschen unerträglich. Es wäre sinnfällig zu machen, daß es mehr Möglichkeiten gibt als die tödliche Alternative Formiertes Verhalten oder Zusammenbruch.

Berliner Rechtshilfe

Die Berliner Justiz beschäftigt die außerparlamentarische Opposition: Haftbefehle, Ermittlungsverfahren, Vernehmungen, Vorladungen.

Uber zweihundert politische Verfahren laufen heute gegen Berliner Bürger — Studenten, Arbeiter, Angestellte und ausländische Bewohner. Eine Handvoll unabhängiger Juristen hat den Betroffenen Rechtshilfe geleistet — bis heute fast immer unentgeltlich. Diese Hilfe aber hat Grenzen. Eine Anwaltskanzlei kostet Geld. Gebühren müssen aufgebracht und Spesen eisetzt werden. Die Beschuldigten, die sich für ein politisches Anliegen des Westberliner Gemeinwesens einsetzen, sollen die Kosten für ihre Verteidigung nicht selbst aufbringen müssen.

Wir haben einen Fonds für Berliner Rechtshilfe eingerichtet. Wer der Opposition zu ihrem Recht verhelfen will, den bitten wir, mit einer Geldspende dazu beizutragen.

Unser Konto lautet: Republikanische Clubgesellschaft mbH, Sonderkonto Rechtshilfe, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Postscheckkonto Nr. 2035 45 Berlin West.

Ein Kuratorium der unterzeichneten Verbände wird über die Verwendung der Mittel entscheiden und alle sechs Monate öffentlich Bericht erstatten. AStA der Freien Universität Berlin, Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin, AStA der Pädagogischen Hochschule Berlin, AStA der Kirchlichen Hochschule Berlin, AStA der Hochschule für Bildende Künste Berlin, Evangelische Studentengemeinde Berlin, Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft Berlin, Humanistische Studenten-Union Berlin, Liberaler Studentenbund Deutschlands Berlin, Sozialdemokratischer Hochschulbund Berlin, Sozialistischer Deutscher Studentenbund Berlin, SJD — Die Falken Landesverband Berlin, Internationale Liga für Menschenrechte — Sektion Berlin, Kampagne für Abrüstung — Regionaler Ausschuß Berlin, Republikanischer Club Berlin



Was die Politbürokraten in Senat und Parteien nicht schaffen, soll die Justiz besorgen: die außerparlamentarische Opposition mundtot zu machen. Einzeln will man diejenigen, die ihr Recht auf praktische Kritik in Demonstrationen wahrnehmen, fertigmachen. Sie sollen durch die drohende Macht des Justizapparates eingeschüchtert werden. Durch eine Flut von Prozessen, durch immer härtere Strafen will man der Kritik das Rückgrat brechen.

Der juristischen Dampfwalzen-Taktik müssen wir durch kollektiven Widerstand begegnen. Niemand darf mehr der Justiz allein ausgeliefert sein. Schaffen wir für das antiautoritäre Lager eine Öffentlichkeit, in der kein politischer Prozeß heimlich über die Bühne gehen kann. Durch unser Mitwirken werden wir in jeder Verhandlung demonstrieren, daß nicht nur der zufällig Herausgegriffene auf der Anklagebank bedroht ist, sondern daß auch wir im Zuschauerraum uns der Anklage durch diese Justiz stellen.

Sobald wir unsere eigenen demokratischen Zeitungen ausgebaut haben, werden wir jeden Prozeß gegen uns ankündigen und die Kärrnerarbeit der Justiz für die politischen Instanzen stets aufs neue entlarven. Bis dahin können wir uns mit der Wandtafel vor der Mensa der FU behelfen. Jeder Betroffene soll beim ASTA seinen Prozeßtermin wegen Demonstrationen oder anderer politischer Delikte bekanntgeben. Jeder, der die Notwendigkeit des Kampfes gegen diese Justiz einsieht, sollte zu den Terminen als aktiver Zuhörer gehen.

Die Bürokratie will den Gerichtssaal zum Begrübnisort der außerparlamentarischen Opposition machen. Machen wir aus dem Gericht das Forum unserer Kritik!

P.S. NEUES MANÖVER AUS MOABIT!

Wie wir aus trüben Quellen erfahren, könnte die Justiz gezwungen sein, die Lügen vom Steinewerfer und Ausbrecher Teufel wegen der Widersprüche in den belastenden Aussagen aufzugeben. Dann muß sie die fünf Monate Untersuchungshaft anders begründen. Dabei kann sie auf die Tradition des Gesetzes und der deutschen Rechtsprechung bauen. Danach genügt es, daß man an einer Zusammenrottung ("räumliches Zusammentreten einer Mehrheit von Personen zu einem gemeinschaftlichen bedrohlichen oder gewalttätigen Handeln" - heute noch maßgebliche Entscheidung des

LANTSVILLAN FRANCISCO (FESTICINATES)

Man kann sich vorstellen, was die verknöcherten Juristen damit anfangen. Jeder kann dabei helfen, aus diesem Kniff den größten Mosbiter Spuk zu machen. Schaffen wir zwei-, dreitausend Landfriedensbruchprozessel

Betr.: Selbstanzeige

and there william to make a decimal commitme were Ich habe ebenso wie der wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagte Student Fritz Teufel an der Demonstration gegenden Schah am 2. Juni vor der deutschen Oper teilgenommen. Als Person, die an der Zusammenrottung beteiligt war, bitte ich um möglichst schnelle Einleitung eines Verfahrens. Bis zu meiner völligen Rehabilitierung werde ich an ähnlichen Demonstrationen selbstverständlich - nicht - teilnehmen. Ich schlage vor, mich als Rädelsführer zu verfolgen. da ich mich nicht zurückgehalten, sondern laut protestiert have. x) Zutreffendes stehenlassen